Abendausgabe

Nr. 183 ✧ 42. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 90

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Sonnabend
18. April 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Ausland und Präsidentenwahl.

Die katastrophale Auswirkung der Kandidatur Hindenburg.

Die Deutschnationalen haben gestern im Hauptausschuß des Reichstages versucht, eine für ihre Wahlzwecke bestimmte Erklärung eines ihrer Minister zu provozieren. Sie haben erreicht, daß Herr Stresemann, der Reichsaußenminister, heute dem Hauptausschuß des Reichstages Aufschlüsse über die außenpolitischen Wirkungen der Kandidatur Hindenburg geben mußte. Diese Wendung der Dinge wird ihnen nicht angenehm sein! Die Einzelheiten der Ausführungen des Reichsaußenministers waren streng vertraulich. Die Diskussionsreden, die ihnen folgten, lassen jedoch mit aller Deutlichkeit erkennen, daß diese Ausführungen — trotz aller Vorsicht und Zurückhaltung des Reichsaußenministers, der es auch jetzt noch nicht für nötig hält, dem Volke die Wahrheit über die Bedrohung der deutschen Außenpolitik für die Kandidatur Hindenburg in aller Oeffentlichkeit zu sagen — den Deutschnationalen wahrhaftig kein Agitationsmaterial gegeben haben. Der deutschnationale Versuch hat sich gegen sie selbst gewandt.

Minister Dr. **Stresemann** teilte im Hauptausschuß des Reichstags mit, daß die aus Washington erbetene Auskunft noch nicht eingelaufen sei. Im Amt sei nicht bekannt, daß Kredite gekündigt wurden, wohl aber sei eine gewisse Stockung in den weiteren Verhandlungen eingetreten, bis die Präsidentenwahl entschieden sei.

Abg. **Meyer** (Dem.) polemisiert gegen Hergt, dessen Voraussagungen nie eingetroffen seien. **Die Deutschnationalen haben behauptet, daß die Wahl Hindenburgs mit der Politik Stresemanns Schluß mache.** Daß damit die Kreditverhandlungen mit dem Ausland nicht gefördert werden, liege auf der Hand. Ein amerikanischer Vertreter habe dies ausdrücklich betont. In einem anderen Falle hatte ein deutsches Konsortium einen Kredit von 25 Millionen Mark fast abgeschlossen. Die amerikanischen Geldgeber haben nach der Aufstellung Hindenburgs erklärt, die Auszahlung müsse bis zur Erledigung der Präsidentenwahl zurückgestellt werden, weil man innere Verwicklungen befürchte, falls Hindenburg gewählt werde.

Abg. **Hergt** (Dnat.) behauptet, daß die Falschmeldungen der demokratischen Presse den Wahlkampf vergiftet hätten. Lediglich dagegen hätten sich die Deutschnationalen gewendet. Die Angaben des Abg. Meyer erscheinen ihm nicht durchschlagend, solange nicht nähere Angaben erfolgen. Wenn nur die Auszahlung der 25 Millionen Mark bis nach der Wahl verschoben würde, so ist das nichts Besonderes,

es ist ganz natürlich, daß die Geldgeber den Ausgang der Wahl abwarten werden.

Das könne man nicht als Stockung der Kreditverhandlungen bezeichnen, denn der Abschluß sei erfolgt. Die Linkspresse habe das agitatorisch verwertet; es scheine sich bei diesen Aeußerungen um bestellte Arbeit zu handeln. Die Linksparteien treiben eine vergiftende, geradezu landesverräterische Agitation, gegen die man sich im Interesse des Anstandes wehren müsse. Wir wollen, daß die Moral in Deutschland gehoben wird. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. **v. Freytagh-Loringhoven** (Dnat.) bestreitet, daß er die Wahl Hindenburgs als den Schluß der Politik Stresemanns bezeichnet habe. Seine Auslassungen seien vom „Vorwärts" entstellt worden. Was ihm dort in den Mund gelegt wurde, sei nicht den Tatsachen entsprechend.

Abg. **Müller-Franken** bedauert, daß Freytagh-Loringhoven nicht gesagt hat, was er eigentlich meinte. Die ganze Frage ist **von den Deutschnationalen ins Rollen gebracht worden, lediglich zu agitatorischen Zwecken.** Die Deutschnationalen sind schlechte Hüter der Moral, sie sollten daran denken, wie ihre Presse Ebert beschimpft hat. Die Presse des Auslandes hat sich gegen Hindenburg gewendet, und das muß Einfluß auf das Wirtschaftsleben haben. Was eben nicht deutschnational ist, das gilt bei uns als landesverräterisch! Welche Rolle haben die Deutschnationalen im Magdeburger Prozeß gespielt! **Mit Herrn Stresemann bedauern wir, daß die Berichte aus Washington nicht eingegangen sind.**

Weshalb hat sich Stresemann gegen Geßler gewendet?

Sind diese Gründe nicht auch gegen Hindenburg maßgebend? Hat Minister Stresemann Kenntnis von den Aeußerungen Houghtons, des früheren amerikanischen Botschafters in Berlin, der einer der größten Deutschenfreunde ist? An Hindenburgs Kandidatur ist Hindenburg weniger schuld als die hinter ihm stehenden Drahtzieher. Diese Elemente sind gefährlich, weil — ähnlich wie Bauer und Nicolai im Kriege — Hindenburg als Schutzschild für die Durchführung ihrer reaktionären Zwecke benutzt wird.

Abg. Dr. **Curtius** (Dtsch. Vp.) meint, daß die Stockung in den Kreditverhandlungen auf innere Verhältnisse Amerikas zurückzuführen seien.

Minister Dr. **Stresemann** erklärt, daß Konsularberichte über das Stocken der Kredite aus Anlaß der Präsidentenwahl noch gar nicht vorliegen könnten. Der Minister äußert sich dazu vertraulich zu den Fragen, die Abg. Müller-Franken gestellt hatte.

*

Der Abgeordnete von Freytagh-Loringhoven hat im Hauptausschuß des Reichstags dem „Vorwärts" vorgeworfen, er habe seine Aeußerungen zur Außenpolitik Stresemanns entstellt.

Angesichts dieser kühnen Behauptung wiederholen wir die **Sätze, die Herr von Freytagh-Loringhoven unter** der Ueberschrift „Ein Fischzug im Trüben" in der „Nationalpost" vom 16. April veröffentlichte:

„Trotz der Fortsetzung der Verhandlungen schien es unter diesen Umständen statthaft, **die innere Auseinandersetzung über den Sicherungspakt aufzuschieben.** Eine solche Auseinandersetzung **mußte angesichts der Stellungnahme des Herrn Dr. Stresemann zu Schwierigkeiten in Kreisen führen, deren Geschlossenheit im gegenwärtigen Augenblick eine dringende Notwendigkeit ist.** Deshalb hat die nationale Presse sich damit begnügt, ihre

grundsätzliche Ablehnung des Sicherungspakts

zum Ausdruck zu bringen, und hat sich im übrigen bis auf weiteres Schweigen auferlegt."

„Der Aufsatz des „Hamburger Fremdenblattes" bringt nichts Neues, nichts, was das Urteil über den Sicherungspakt zu erschüttern vermöchte. Es ist leider so und bleibt so, daß wir **den Versailler Vertrag nochmals und freiwillig unterschreiben sollen,** und daß uns nicht die mindeste Gegenleistung geboten wird. Und wenn jetzt eine Propaganda für den Pakt einsetzt, so unterscheidet sie sich in nichts von der Propaganda, die für den Versailler Vertrag, für das Londoner Ultimatum, für das Dawes-Gutachten von amtlichen Stellen betrieben wurde. Immer und immmer wieder wurde unser Volk mit wohlklingenden Redensarten über die wahre Sachlage getäuscht und in sein Unglück hineingetrieben. Daß aus Anlaß des Sicherungspaktes ähnliche Versuche gemacht werden würden, war vorauszusehen. Aber daß sie gerade jetzt, in diesen Wochen unternommen werden, ist besonders bedauerlich. Ihre Urheber haben sich offenbar nicht klar gemacht, welche Verantwortung sie auf sich laden, wenn sie den Gottesfrieden brechen, der heute in allen den Kreisen herrschen muß, die sich für die Wahl des Reichspräsidenten zusammengeschlossen haben.

Die Ausführungen im „Hamburger Fremdenblatt" müssen zurechtgestellt und zurückgewiesen werden. Auf den Gegenstoß sei verzichtet, bis die Zeit für ihn gekommen ist."

Diese Darlegungen sind vollkommen klar und eindeutig. Sie wenden sich gegen den offiziösen Artikel, den Stresemann im „Hamburger Fremdenblatt" zur Verteidigung des Sicherheitspaktes hat veröffentlichen lassen.

Sie kündigen eine Auseinandersetzung über die Politik des Sicherheitspaktes nach der Wahl an.

Diese Worte sind so eindeutig, daß Herr von Freytagh-Loringhoven, wenn er sie entkräften will, nur erklären kann, er habe seinen Standpunkt seit dem 16. April geändert. Seine Behauptungen gegen uns sind lediglich demagogische Flausen, um die Wähler bis zum 26. April, abends 6 Uhr, in Unklarheit zu versetzen.

Ein verhängnisvoller Schlag.

Frankfurt, 18. April. Die „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht im heutigen Abendblatt folgende Meldung: „Unser Redaktionsmitglied Dr. Arthur Feiler (Mitglied des Reichswirtschaftsrats) befindet sich zurzeit auf einer Informationsreise in den Vereinigten Staaten von Amerika. Wie aus dem nachfolgenden Telegramm hervorgeht, wird er bei seinen Besuchen amerikanischer Persönlichkeiten von den Freunden Deutschlands immer wieder auf die Kandidatur Hindenburg hin angesprochen. Spontan gibt er den Eindruck dieser Gespräche wieder. Wir halten es für unsere Pflicht, die ernste Mahnung, die aus seinem Telegramm spricht, wiederzugeben.

Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung". A. F. **New York,** 17. April. Den Anhängern der Kandidatur Hindenburg und namentlich den Wirtschaftskreisen der Rechtsparteien wäre der Anschauungsunterricht außerordentlich zu wünschen, den ich bei meinem täglichen Zusammentreffen mit führenden finanziellen und geistigen Kreisen New Yorks seit der Nominierung Hindenburgs hier immer wieder genieße. Das Interesse ist außerordentlich groß, keine meiner Unterhaltungen verläuft, ohne daß die Frage nach den Aussichten der deutschen Wahl gestellt wird. Aber das Interesse ist alles andere als schmeichelhaft. Der normale Amerikaner betrachtet die Aufstellung Hindenburgs mit einer durch die Höflichkeit durchschimmernden Verblüffung. Die Kreise aber, die sich für Deutschland stärker interessieren, nämlich **die Politiker und die Finanzleute,** die hier für die internationale Wiederherstellung arbeiten,

empfinden ausnahmslos die Kandidatur als geradezu verhängnisvollen Schlag.

„Die Gelegenheit zu einem schweren politischen Fehler war wieder einmal gegeben; die deutsche Reaktion hat diese Gelegenheit glänzend ausgenutzt", so urteilte mir gegenüber ein hervorragender Finanzmann. Aber es gebe ein Mittel, diesen unglücklichen Eindruck wieder gutzumachen. **Hindenburgs Wahl würde Deutschlands wieder errungene internationale Stellung aufs schwerste erschüttern.** Wenn der republikanische Kandidat siege, so würde die deutsche Demokratie einen schlagenden Beweis ihrer Stärke und ihrer republikanischen Konsolidierung liefern, dessen Bedeutung für die Zukunft ganz außerordentlich wäre. Das sagen mir hier alle Freunde Deutschlands."

Deutschösterreich spart. Die Regierung beschäftigt sich gegenwärtig mit einschneidenden Verfassungsreformen. Es sollen mehrere Ministerien völlig abgebaut werden. Es ist u. a. beabsichtigt, das Bundeskanzleramt auf zwei andere Ministerien zu verteilen, den Apparat des Postsparkassenamtes zu vermindern und dessen Zahlungsverkehr der Nationalbank zu übertragen.

Der Politiker Hindenburg.

Von Eduard Bernstein.

In einem großen Teil der zur Republik haltenden Parteien und in Reden ihrer Vertreter wird in der Behandlung der Kandidatur des Generals Hindenburg für den Posten des Präsidenten der Deutschen Republik eine Taktik beobachtet, die mir sehr verhängnisvoll zu sein scheint. Man stellt Hindenburg als den harmlosen, dem politischen Parteiwesen fernstehenden Geist hin, der von den Drahtziehern des Blocks der Rechtsparteien zur Annahme der Kandidatur gepreßt worden sei, ohne recht zu wissen, was diese politisch für Deutschland zu bedeuten habe. Daher, wie es in einer Rede heißt: „gegen Hindenburg kein Wort".

Es liegt mir fern, dem General Hindenburg einen übernormalen politischen Weitblick zu unterstellen, aber daß er nicht zum mindesten gewußt hat, welchen politischen Akt er vollzog, als er die Kandidatur annahm, heißt ihm eine Ahnungslosigkeit zutrauen, die bei einem Menschen, der nicht in den Zustand vollendeter Idiotie versunken ist, einfach undenkbar ist. Hindenburg ist Angehöriger einer politischen Partei, der Deutschnationalen Partei. Parteileute waren es, die ihn gedrängt haben, die Kandidatur anzunehmen, und als Parteimann hat er ihrem Drängen nachgegeben; das geht aus den Berichten über die Reise der Tirpitz und Genossen zu ihm unverkennbar hervor. Darin liegt freilich für ihn schlechthin noch kein Vorwurf. Er macht soweit nur von dem Recht Gebrauch, das nach der Verfassung der Republik jedem Staatsbürger zusteht. Aber indem er es als Parteimann tut, tritt er als Politiker auf und ist demgemäß zu behandeln. Dem Parteipolitiker gegenüber kann jedoch, sobald er um die Stelle als Haupt der Nation sich bewirbt, das „gegen ihn kein Wort" unmöglich die richtige Parole sein. Vielmehr muß es alsdann heißen: Ihm gegenüber kein Schweigen! Der Einfluß auf die Geschicke der Nation, den er nachsucht, macht es notwendig, das Volk mit ihm als Politiker so genau wie nur möglich bekanntzumachen.

Als überzeugter Monarchist, der sich noch heute als Untergebener Wilhelms II. fühlt, mußte er, wenn er auf Gradheit im politischen Auftreten Wert legte, die Zumutung, für die Präsidentschaft der Republik zu kandidieren, entweder mit Entrüstung zurückweisen, oder aber nur unter der Bedingung annehmen, daß er offen mit einem Programm auftrete, das dieser Tatsache entspricht. Er hat weder das eine, noch das andere getan. Die von ihm unterzeichnete Kundgebung ist weiter nichts als — ich kann ihm das Wort nicht ersparen — ein feiges Herumdrücken um das, was diese Kandidatur in Wirklichkeit soll.

Was soll die Kandidatur Hindenburg? Sagen wir es rund heraus: einen großen Betrug am deutschen Volk zur Durchführung bringen. Auf einen Posten, der einen erfahrenen, weitblickenden Politiker erfordert, soll er, der Nichts-als-Militär, gebracht werden, der nach eigenem Bekenntnis sich nie eingehend mit den Fragen der Politik befaßt, für sie überhaupt keinen Sinn hat. Eine Zumutung, die von den Wählern einmütig als schamlos zurückgewiesen werden würde, wenn nicht Hindenburgs Siege über die Russen in der ersten Phase des Krieges ihm in der breiten Masse des Volkes einen Namen verschafft hätten, bei dessen Klang jede Ueberlegung der Vernunft in den Hintergrund tritt. Seine Aufstellung als Kandidat ist eine ruchlose Spekulation auf diesen bis zum Aberglauben getriebenen Kultus des Militärs Hindenburg.

Als Laie auf dem Gebiet der Kriegswissenschaften werde ich mir ein Urteil über Hindenburg als Militär nicht herausnehmen. In militärischen Fachkreisen aber ist das Urteil über ihn sehr geteilt. Personen, die etwas davon verstehen und ihm durchaus nicht übel wollen, erkennen ihm wohl eine bestimmte militärische Tüchtigkeit zu, erklären diese aber für begrenzt, und einen Ruf als überragendes militärisches Genie genießt er in der Fachwelt nirgends. Sein nächster Untergebener Ludendorff und der unter ihm tätig gewesene Oberst Bauer sprechen in ihren Erinnerungen verschiedentlich in einer Weise von ihm, die auf alles andere als auf hochgradige Verehrung schließen läßt, und seine Leitung des entscheidenden Feldzugs im Westen endete in einem Zusammenbruch, zu dem es ein weitblickender Feldherr schwerlich hätte kommen lassen.

Aber wenn das alles nicht wäre, wenn Hindenburg sich wirklich durchgängig als Feldherr ohne Gleichen bewährt hätte, so bliebe doch immer noch die Erfahrung, die ein altes deutsches Gedicht in die Worte kleidet: „Man kann ein guter Karrenschieber und doch ein schlechter Kutscher sein." Die Weltgeschichte weiß von nur wenig Fällen, wo erfolgreiche Krieger sich zugleich als große Staatsmänner bewiesen haben. Wenn das deutsche Volk aus diesem Krieg, der so großes Unheil über es gebracht hat, Eines hat lernen können, so ist es die Erkenntnis von der Gefährlichkeit der politisierenden Militärs für die eigene Nation.

Nirgends, in keinem anderen Lande, haben während dieses Krieges die Oberen des Militärs so oft und so anspruchsvoll sich in die Politik eingemischt wie in Deutschland, **und nirgends mit so verhängnisvoller Wirkung für ihr Land. Es setzte am Vorabend des Krieges ein und endete erst am Vorabend des so leichtfertig aufs Spiel gesetzten Zusammenbruchs.** In Karl Kautskys viel zu wenig gelesener Schrift „Wie der Weltkrieg entstand" ist auf Seite 130 ff. eine vom 29. Juli 1914 datierte „Zur Beurteilung der politischen Lage" überschriebene Zuschrift des deutschen Generalstabs an das **Auswärtige Amt wiedergegeben, worin diese militärische Instanz, was doch gar nicht ihres Amtes war, der politischen**

Instanz die politische Lage schilderte und ihr auseinandersetzte, was unter diesen Umständen deutscherseits zu geschehen habe. Tags darauf nötigen Obere des Generalstabs und der Marine gegen den verzweifelten Widerspruch des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg den immerhin zaudernden Wilhelm II. durch Androhung, im Weigerungsfall ihr Amt niederzulegen, die Anordnung der Mobilmachung ab, die den Weltkrieg einleiteten. Von derselben Seite wurden die Zustimmung zum Einbruch in Belgien, der die Kriegserklärung Englands gegen Deutschland nach sich zog, und späterhin der rücksichtslose Tauchbootkrieg, der Amerika in den Krieg gegen Deutschland hineinzog, als unbedingt notwendig durchgesetzt. Ebenso unterstützte die militärische Presse die weitestgehenden Annektions- und Entschädigungsforderungen und führte zu einem rücksichtslosen Feldzug gegen Bethmann Hollweg, bis es im Sommer 1917 unter Mitwirkung Hindenburgs gelang, dessen Rücktritt herbeizuführen.

Dabei war Bethmann Hollweg durchaus kein Pazifist. Er bekundete dies äußerlich dadurch, daß er, der höchste Zivilbeamte des Reichs, von Beginn des Krieges an bis zu seinem Rücktritt immer nur in militärischer Kleidung im Reichstag erschien. Auf seinen Vorschlag war nach dem Ausscheiden des jüngeren Moltke die Oberste Heeresleitung an Hindenburg und Ludendorff übertragen worden und der von der aus Zentrum, Freisinnigen und Sozialdemokraten zusammengesetzten Reichstagsmehrheit im Juli 1917 beschlossenen Resolution zugunsten eines Verständigungsfriedens hatte er erklärt, nicht zustimmen zu können. Kurz, er ging in Zugeständnissen an die Militärs so weit, als ein nicht völlig von Blindheit geschlagener Staatsmann nur gehen konnte. Trotzdem fand er keine Gnade. Er ging und wurde mit Zustimmung Hindenburgs durch den braven Michaelis ersetzt, der nur wenige Monate brauchte, um sich als seinem Amt ganz und gar nicht gewachsen zu erweisen.

Hindenburg war, das soll nicht verschwiegen werden, bei diesen und ähnlichen Vorgängen nicht der Treiber. Er wurde vielmehr geschoben. Aber das macht ihn als Politiker nicht weniger gefährlich. Einen nennenswerten Widerstand gegen die Treibereien Ludendorffs und die Ränke der Parteien der Rechten gab es bei ihm nicht. In seinen Reden und Erklärungen sucht man vergebens nach einem Gedanken, der sich über den Horizont des Kasernenhofkommandanten erhebt. Sein nach einem geistreichen Paradoxon klingender Ausspruch, die unbarmherzigste Kriegführung sei die barmherzigste, denn sie führe am raschesten zum Ende des Krieges, ist nicht nur durch die Tatsachen widerlegt worden, sondern zeugt überhaupt von einem äußerst geringen Verständnis für die Seel edes Volkes. Wenn sich in den westlichen Ländern bei Leuten, die von Hause aus nichts weniger als Deutschfeinde waren und auch heute nicht als solche sich verhalten, der Gedanke sich einnistete, mit diesem Deutschland keinen Frieden zu schließen, ehe es geschlagen am Boden liegt, so haben Maßnahmen, die jener Maxime entsprachen, einen nicht geringen Anteil daran.

Wie sehr er durch und durch von der Denkweise der Reaktionäre durchdrungen ist, verraten die Einleitungsworte seiner Kundgebung: „Vaterländisch gesinnte Deutsche . . . haben mir das höchste Amt des Reichs angetragen" und die Erklärung am Schluß, er reiche jedem Deutschen die Hand, der nationaldenkt. Wir wissen, welcher schändliche, Deutschland schwer schädigende Unfug im Kriege und später mit den Begriffen „vaterländisch" und „national" getrieben worden ist. Als es im Sommer 1917 schon feststand, daß Deutschlands Verbündete, Oesterreich und Bulgarien, am Ende ihrer Widerstandskraft angelangt waren und kein Sachkundiger sich dem Wahn hingeben konnte, daß der Krieg für Deutschland noch zu gewinnen sei, da wurden zu dem Zweck, die Friedensresolution des Reichstags zu entkräften, jene Verbände ins Leben gerufen, die sich „vaterländisch" nannten, und dann auch das Ihrige dazu beigetragen haben, das Blutvergießen zu verlängern und die Kosten, die das besiegte Deutschland zu zahlen hat, zu erhöhen. Heute ist auf diese Weise das Wort „vaterländisch", das einst lediglich dem Zusammengehörigkeitsgefühl eines Volkes über Klassengegensätze und örtliche Rivalitäten hinweg Ausdruck geben sollte, Sammelwort geworden für Bewegungen und Parteien, die in irgendeiner Form Völker- und Rassenverhetzung betreiben, die Geister verengern statt sie zu erweitern.

Und ebenso der Begriff „national". „Wer national denkt", heißt es im Hindenburg-Aufruf. Wenn das Wort national in dieser Verbindung irgendeinen Sinn hat, dann einen reaktionären. Wir wissen, welche Parteien sich heute in Deutschland die nationalen Parteien nennen. Es sind die Parteien der Grundbesitzer, der Großindustriellen, der Militaristen, das heißt, des stehenden Kapitals und seiner Stützen. Wer die großen Fragen der Innen- und Außenpolitik wie sie auffaßt, den erkennen sie als national an, andere nicht. Darin liegt natürlich eine große Anmaßung und zugleich eine Irreführung der Volksmasse, die das Wort noch in dem alten, mit den Grundgedanken der modernen Demokratie verbundenen Sinne versteht, denn den hat es bei jenen „nationalen" Parteien längst nicht mehr.

Sie aber sind die Parteien, deren Kandidat Hindenburg ist. Das muß allen Wählern für die am 26. April zu treffende Entscheidung auf das schärfste eingeprägt werden. Die Parteien der sozialen Reaktion, der handelspolitischen Konflikte und einer Außenpolitik, die Deutschlands Stellung in der Welt nur verschlechtern kann, haben ihn aufgestellt, um mit seinem Ansehen als General politischen Bauernfang zu treiben. Indes nicht über den Militär, über den Politiker Hindenburg hat sich das deutsche Volk bei dieser Wahl zu entscheiden. Es spricht davon, daß er als Soldat immer nur die ganze Nation vor Augen gehabt habe. Buchstäblich trifft das, wie wir gesehen haben, nicht ganz zu, war aber jedenfalls für den Soldaten eine ziemlich einfache Sache. Ganz anders für den Politiker, der zu sehr komplizierten Fragen Stellung zu nehmen hat. Und da würde der in diesen unbewanderte Hindenburg oft genug in die Lage kommen, sich bei den Männern seines Vertrauens Rat einzuholen oder freiwillig dargebotene Winke von ihnen zu erhalten. Was ihm und dem deutschen Volke erspart werden muß.

Schnorrer untereinander.

Herr Laverrenz bestätigt.

Herr Laverrenz, Oberregierungsrat, M. d. R., Verleger der „Nationalpost", bestätigt in seiner Zeitung die Echtheit des gestern von uns veröffentlichten Briefes.

Er redet sich darauf hinaus, er habe nicht Geschäfte, sondern Wahlkampf machen wollen. Er habe schnorren müssen; denn ein anständiger Mensch habe kein Geld, das hätte nur die SPD.

Der Unterschied ist eben der: die sozialdemokratische Bewegung ist eine ideale Bewegung. Die Arbeiter, die sie tragen, zeigen Opfermut. Die deutschnationalen Herren denken nicht an Opfer. Sie schnorren bei Interessenten, die für gelieferten „Patriotismus" bezahlen.

Außerdem: kein Geld! Wer hat die fast 500 Flugblätter des Reichsblocks i mersten Wahlgang bezahlt?

Schließlich: wenn es Herrn Laverrenz nur auf die Finanzierung des Wahlkampfes ankam, warum dann die Rauferei um den Bettel? Es ist doch gleichgültig, ob Herr von Loebell oder Herr Laverrenz dem Drucker X Y Gelder für gelieferte Arbeit ausbezahlt?

Oder sollte Herr Laverrenz andere politische Interessen im Wahlkampf haben als Herr von Loebell? Oder bevorzugt Herr Laverrenz, der Verleger der „Nationalpost", andere Lieferantenfirmen als Herr von Loebell?

Tschekaprozeß.

Leipzig, 18. April. WTB.) Im Tschekaprozeß wurden heute nach 47 Verhandlungstagen die Schlußworte der letzten Angeklagten gesprochen. Damit ist die Verhandlung beendet. Die Urteilsverkündung wird voraussichtlich am Mittwoch, den 2. April, vormittags 10 Uhr, stattfinden.

Zur Präsidentenwahl.

Die Auslegung der Stimmlisten.

Amtlich wird gemeldet:

Stimmberechtigt beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ist nur, wer an seinem Wohnorte in die Stimmliste eingetragen ist oder einen Stimmschein besitzt.

Die Stimmlisten werden in diesen Tagen zur allgemeinen Einsicht ausgelegt und zwar mindestens am 21. und 22. April. Mit der Auslegung können die Gemeinden bereits früher beginnen. In den einzelnen Gemeinden wird die Auslegungszeit öffentlich bekannt gegeben.

Wer in der Zeit seit Auslegung der Stimmlisten für den ersten Wahlgang seine Wohnung in einen anderen Stimmbezirk verlegt hat, oder wer seitdem als Auslandsdeutscher zugezogen ist oder infolge Erreichung des Wahlalters wahlberechtigt geworden ist, versäume es nicht, sich durch Einsichtnahme in die Stimmliste seines jetzigen Wohnbezirks zu vergewissern, daß er eingetragen ist.

Stimmberechtigte, die am Tage der Reichspräsidentenwahl von ihrem Wohnort abwesend sind, können sich einen Stimmschein ausstellen lassen und damit in jeder beliebigen deutschen Gemeinde wählen. In den größeren Gemeinden können am letzten Tage vor dem Wahltage Stimmscheine nicht mehr ausgestellt werden, da die Stimmlisten spätestens an diesem Tage an die Abstimmungsvorsteher ausgegeben werden müssen. Wer am Wahltage verreist ist, muß daher frühzeitig sich um die Erlangung eines Stimmscheines bemühen.

Vertrauen für Herriot.

Antrag zur Wahl als Kammerpräsident.

Paris, 18. April. (Eigener Drahtbericht.) Die radikale und radikalsoziale Fraktion haben am Freitag einstimmig beschlossen, den durch die Uebernahme des Ministeriums durch Painlevé freigewordenen Posten des Kammerpräsidenten Herriot anzubieten. Eine Abordnung hat im Laufe des Nachmittags Herriot von diesem Beschluß in Kenntnis gesetzt und ihm einen von seiner Fraktion angenommenen Antrag überbracht, in dem dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten der Dank für die geleisteten Dienste und das unwandelbare Vertrauen der Partei ausgesprochen wird. Herriot hat sich seine Antwort bis Sonnabend nachmittag vorbehalten. Auch die republikanisch-sozialistische Partei hat beschlossen, die anderen Gruppen des Linkskartells aufzufordern, Herriot als gemeinsamen Kandidaten der Linken für den Posten des Kammerpräsidenten aufzustellen.

Das Programm des Kabinetts Painlevé.

Paris, 18. April (Eigener Drahtbericht.) Der „Matin" will wissen, daß die Regierungserklärung, mit der das neue Ministerium am Dienstag vor Kammer und Senat tritt, außerordentlich kurz sein wird. Sie werde in erster Linie den Hauptproblemen gewidmet sein, deren Lösung die Tätigkeit des neuen Kabinetts in den nächsten Wochen ziemlich ausfüllen werde: der Sicherheitsfrage und der Sanierung der Finanzen. Allerdings werde die Erklärung hierüber noch keinerlei Einzelheiten enthalten. In der Sicherheitsfrage werde die Politik des Kabinetts Painlevé die Politik Herriots fortführen und eine Lösung auf der Grundlage des Genfer Protokolls und eines festen Zusammenschlusses mit den Alliierten suchen. Für die finanzielle Lösung werde man am Dienstag noch keinerlei positive Vorschläge erwarten dürfen, da der neue Finanzminister sich zunächst eine gründliche Prüfung der Lage und der besten Mittel und Wege zur Sanierung vorbehalte. Für die innere Politik werde sich das Ministerium auf die Erklärung beschränken, daß diese nach wie vor von dem Siege der Linken am 11. Mai beherrscht sein werde.

Kontrolle des Waffenhandels. Bisher haben sich 37 Staaten zur Teilnahme an der in Genf am 4. Mai zusammentretenden Internationalen Konferenz für die Kontrolle des Waffenhandels und der Kriegsmunition angemeldet. Argentinien hat seine Beteiligung nun endgültig zugesagt, Rußland hat bis heute noch keine Antwort gegeben.

Eine halbe Stunde im Park.

Von Max Barthel.

Die Sonne scheint wohl, aber die Wolken verhüllen doch das große Licht, und nur ein blasser Schein fällt in den großen Park. Inmitten einer Steinwüste des Elends und der armen Leute liegt dieser Park, die grüne Oase trotz alledem, trotz der vielen umgitterten Wege, der lächerlichen Gewässer und Vorschriften. Die Straßen der Stadt laufen wie Kanäle auf die grüne Insel und bringen aus den Hinterhöfen kleine Kinder, alte Frauen, junge Mütter. Die Büsche sich schon lange wieder grün und die Kastanien sind zärtlich aufgebrochen. Grüngolden schimmern die braunen Aeste. Ja, und es fröstelt heute, und die alten Männer aus dem nahen Spital laufen truppweise, als ließe sich so das Alter besser ertragen oder bereden, mit kleinen und vorsichtigen Schritten über die Wege. Die alten Bäume des Parkes haben sich grünen Kranz in die Kronen gesteckt und rauschen leicht und hören den schwarzen Amseln zu, aber können sich alte Männer, die im Spital wohnen, mit Frühlingsgrün und Vogelgesang schmücken? Nein, es ist nicht gut, die letzten Tage im Spital zu beenden.

Von den grauen Straßen ist viel Staub auf die Wiesen und Büsche geweht, doch das Gras und auch die Büsche haben sich mit dem schönen Lebensmut der alten Erde den schmutzigen Wolken nicht ergeben, die Büsche sind lichtgrün, die Gräser sind wach und zitternd, und dort blitzen drei Lichtspritzer im Grün, zwei weiße und eine gelbe Blume. Und Wiesen gibt es, fern von der großen Stadt, wo das Samtgras blitzt und duftet, bienenumsungen, schmetterlingsumschwebt, Blumen blühen dort, tausend mal tausend, Sterne, Glocken, Edelsteine, verschwenderisch über den gewaltigen Teppich gestreut . . .

Jetzt springt ein Kind über den Weg, eifervoll mit sich und seiner kleinen Welt beschäftigt. Silbern blitzen die Locken. Die kleine Stimme lärmt mit den grauen Sperlingen unter den Büschen um die Wette. Die Erde wird schön und erneuert sich, aber am schönsten ist doch die Erneuerung des Menschen im Kind, im Sohn, der das Werk des Vaters, in der Tochter, die die Aufgaben der Mutter vollenden wird. Schon kommt die Mutter, ein wenig zu grau und vergrämt für den schönen Tag, aber doch die Mutter, die wir auf allen Bildern und Bildwerken aller Völker finden, die Mutter mit dem Kind ist erschienen.

Jetzt wendet sich der Lauf des Kindes. Die Augen blitzen mit den Haaren um die Wette, die Aermchen entfalten sich wie Flügel, und mit hellem Schrei stürzt sich der kleine Mensch auf die Mutter. Und die Mutter grünt und schimmert jetzt genau so wie die grüngoldenen Wipfel der Kastanienbäume.

Aber immer noch wehen die kühlen Schauer über den Park, und sie müssen wohl wehen, denn ein Polizist (er ist noch sehr jung) bringt einen Vagabunden (der Mann ist sehr alt), den er irgendwo im Park aufgegriffen hat. Nein, er hat ihn nicht mit den Händen aufgegriffen, er hat ihn viel fester gefaßt, in der Schlinge des Gesetzes. Und nun geht neben dem Jüngling mit dem Gesetz der Gesetzlose, der alte Landstreicher, jammervoll, und versucht, durch Ueberredung freizukommen. Aber er redet in ein steinernes Gesicht hinein, und über der Straße, kaum drei Steinwürfe weit, ist die Polizeiwache.

Die Sperlinge lärmen, und das Kind ist mit der Mutter schon verschwunden. Schwerfällig, auf einen Stock gestützt, geht der Parkwächter vorüber, ein alter Mann, beinahe so alt wie die Männer im Spital. Er kann schlecht laufen, und wenn er sich der Kinder seiner Tochter erinnert, wird ihm wohl manchmal das Herz bluten, wenn er mit dem Stock den Rasen bewachen muß. Denn so sind die Parks in der deutschen Großstadt: „Kinder und Hunde sind an der Leine zu führen."

Hinter dem kahlen Astwerk er hohen Platanen fließt das grüne Gold der Kastanienbäume. Nun verwehen die kühlen Schauer: die Sonne kommt und steht groß und warm im blauen Himmel. Auch der junge Polizist erscheint wieder. Sein Helmschild blitzt im Licht.

O Deutschland . . .

Das Reichsehrenmal für die Kriegsopfer. Die Ehrung der Kriegsopfer in Gestalt eines Males, zu der die Reichsregierung am Gedächtnistag des vorigen August mit einem Aufruf zu einer Geldsammlung Vorbereitungen getroffen hat, gab dem Bunde Deutscher Architekten Anlaß zu einer Eingabe an den Reichspräsidenten. Der Bund weist mit Recht darauf hin, daß zunächst der Grundgedanke der Ehrung einwandfrei festgestellt werden müsse, und bezeichnet seinerseits folgende drei Gesichtspunkte als diejenigen, welche die Allgemeinheit wohl zunächst bewegen: Andenken an die Gefallenen, Erinnerung an die heldenmütigen Wagnisse des Heeres, Sinnbild der Hoffnung auf Deutschlands Erneuerung und Wiederaufbau. — Ein hervorragendes Mitglied des Bundes, Bruno Taut, hat im Bundesorgan der Absicht widersprochen, ein Werk der Baukunst oder Bildhauerei als Ehrenmal der Kriegsopfer im weitesten Sinne zu schaffen. Dementsprechend hat auch die Vorstandschaft des Bayerischen Kunstgewerbevereins durch ihren Präsidenten Geheimrat German Bestelmeyer die Eingabe des Bundes mit der Frage erweitert, ob denn das Ehrenmal die Form eines Denkmals oder eines Zweckbaues, z. B. einer Siedelung, eines Parkes, einer Sportbahn, eines Ferienheims erhalten soll. Ehe die Künstler zu einem Ideenwettbewerb aufgefordert werden, wäre es nötig, diese Grundfrage zu klären. An Vorschlägen, ein „Monumentaldenkmal" oder eine „Reichsgedenkhalle" in irgendeine schöne Gegend zu setzen, auf die Höhe des Brockens, auf den sogen. Rigi Thüringens, den Großen Dolmar bei Meiningen, liegen allmählich wirklich übergenug vor.

Kommen Tiere in den Himmel? Mit der in England schon öfters erörterten Frage, ob die Tiere Seelen haben, beschäftigt sich die letzte Nummer der Zeitschrift „Animals", und zwar haben eine ganze Reihe hervorragender Männer zu diesem Problem Stellung genommen. So schreibt Shaw: „Was ist eine Seele? Wenn es nicht ein bestimmtes erworbenes Glied ist, wie etwa das Rückgrat, das in einem bestimmten Stadium der Entwicklung erscheint, so ist es schwierig, sie für ein nur dem Menschen eigentümliches Merkmal zu halten. Es gibt daher nichts Unwahrscheinliches oder Unvernünftiges in der Anschauung, daß auch die Tiere Seelen haben. Warum soll man die Linie nicht weiter zurück verfolgen, so daß sie auch Hunde und sogar Insekten umfaßt. Das Leben nach dem Tode ist eine ganz andere Sache. Man kann glauben, daß man eine Seele hat, und daß auch der Hund eine Seele hat, ohne deshalb doch etwas so Ungeheuerliches anzunehmen, daß der Mensch und der Hund als Individuen für immer weiterleben." Der geistvolle Schriftsteller Chesterton äußert sich folgendermaßen: „Die beiden Anschauungen vom unsterblichen Menschen und vom unsterblichen Tier sollten ganz getrennt behandelt werden. Wir wissen, was der Mensch über Tod und ewiges Leben empfindet; wir wissen aber nicht, ob die Hyäne ein ähnliches Leben sich wünscht. Ich begnüge mich damit, die Zukunft der Geschöpfe für so geheimnisvoll zu halten, wie ihre Entstehung für uns ist. Ich habe aber beträchtlich mehr Hoffnung für die Tiere, daß sie in den Himmel kommen, als die meisten modernen Menschen für den Menschen haben. Der Bischof Weldon ist der Ansicht, daß man die Frage nach den Seelen der Tiere nicht sicher beantworten könne. „Aber," fährt er fort, „die Entwicklung ist eine Lehre, die sich auf die Tiere ebenso anwenden läßt wie auf die Menschen, und wenn ich die Verwandtschaft zwischen menschlichem und tierischem Wesen bedenke, wenn ich die geistigen und sittlichen Eigenschaften erwäge, die manche Tiere entfalten, so neige ich zu dem Gedanken, daß tierisches Leben sich nicht nur zur Fortdauer, sondern auch zur Fortentwicklung jenseits des Grabes eignet." Die Spiritisten sind natürlich fest davon überzeugt, daß die Tiere Seelen haben.

Statistisches von den deutschen Zeitungen. Nach Forschungen, die Hans Kapfinger auf der Grundlage des Mosseschen Zeitungskataloges angestellt hat, werden im „Zeitungsverlag" nähere Angaben über die Statistik der deutschen Zeitungen gemacht, wobei aber zugleich hervorgehoben wird, daß diese Uebersicht auch nicht annähernd als vollständig angesehen werden dürfe. Nach diesen Ziffern beträgt die Zahl der in Deutschland erscheinenden Zeitungen 3152, wovon auf Preußen 1772 entfallen. 1834 Zeitungen erscheinen wöchentlich sechsmal, 114 siebenmal, 58 öfter als siebenmal. Bereits 1906 erschienen 61,5 Proz. aller Zeitungen drei- bis sechsmal wöchentlich. Als das typische Land der Kleinzeitungen wird Schlesien bezeichnet, von dessen 261 Zeitungen 164 ein- bis dreimal wöchentlich erscheinende Blätter sind. Die meisten Großzeitungen besitzt die Rheinprovinz, dann folgen Westfalen und Berlin. Die häufigste Art der Erscheinungsweise ist wöchentlich neunzehnmal. Die meisten Zeitungen besitzt Berlin, nämlich 101, dann folgen Breslau mit 19, Hamburg mit 18, München und Frankfurt a. M. mit je 14, Leipzig mit 13, Köln mit 11. Der Parteirichtung nach erscheinen u. a. 392 nationale, 284 Zentrumszeitungen, 166 demokratische, 142 sozialdemokratische, 141 wirtschaftliche, 96 bayerisch-volksparteiliche, 48 deutsch-volksparteiliche, 20 kommunistische. Amtliche Zeitungen werden 188, parteilose 1635 gezählt. Die sozialdemokratische Presse ist seit 1917 um 50 Proz. gestiegen.

Erstaufführungen der Woche. Mittw. Komödienhaus: „Das silberne Kaninchen." — Freit. Kammerspiele: „Die Wollust der Anständigkeit." Volksbühne: „Delterich." — Sonnab. Goethe-Bühne: „Monna Vanna."

Ufa-Vorträge. Sonntag 5, 7, 9 Uhr: „New York und die New-Yorker". Von Montag ab täglich 5, 7, 9 Uhr: „Onkel James Erben". Sonntag 6 u. 8, Montag, Dienstag 7 Uhr: „Indischer Kult- und Kunstabend".

Nationaler Wandertag.

Nun ist also wieder die Zeit gekommen, wo man gern das berühmte Ränzel schnürt, um beim Durchstreifen der freien Natur sich die Tatsache ins Gedächtnis zurückzurufen, daß man nicht nur zum Arbeiten, sondern auch zum Genießen auf dieser merkwürdigen Welt ist. Das alte und das junge Berlin pilgert mit Freuden ins Grüne! Wer aber selbst schon oder vielmehr noch reichlich grün ist, der pilgert an diesem Sonntag zunächst einmal — man staune! — ins Schwarzweißrote! Wenn beim „Reichsblock" nichts mehr zieht, muß der Klimbim es machen, genau so wie vor wenigen Wochen bei der Reichspräsidentenwahl die Notwendigkeit, Jarres zu wählen, durch große Frühlingsfeste mit Gesang und Tanz und Ringelreihen bewiesen werden sollte. Diesmal erging also ein Aufruf an die Wandervögel, am 19. April einen Reichswandertag zu veranstalten, um für „Vater Hindenburg" zu agitieren. Es ist nicht unschwer, sich vorzustellen, wie ein solcher hochpolitischer Kinderkreuzzug verläuft.

Schon bei der vorhergehenden Bahnfahrt werden die jungen Mädchen allgemeines Interesse erwecken, weil sie so fleißig Schlummerkissen „Ruhe sanft" für „ihren Vater" sticken, während die Jungens ihre Dolchstoßlegende und andere Märchen austauschen. Unterwegs marschieren Mädchen und Jungen natürlich getrennt („von wegen der Sittlichkeit"!) Sie singen aber gemeinsam das Festlied des Berliner Blattes für „nationale" Begeisterung: „Ach Hindenburg, ach Hindenburg, kämst du doch erst untern Linden durch." So geht es mit Lautenklang dideldumm, dideldümmer, am allerdideldämlichsten eine ganze Weile durch tkutsche Lande und judenreine Gasthäuser. Man beschäftigt sich dabei mit dem schönen Spiel, überall Hakenkreuze anzumalen und einzuritzen. Wenn aber nun der rein antisemitische Teil der sicherlich „erhebenden" Veranstaltung, der bei Austrittsdrohung aller Wodansjünger um eines deutschen Gottes Willen nicht fehlen darf, vorüber ist, dann hält der Obermandervogel noch eine große politische Ansprache an die völkischen Jünglinge, Jungfrauen und herumstehende Neugierige, die alter Sitte gemäß „gewarnt" werden. Er warnt sie vor dem „Vaterlandsverrat", einen Republikaner als Reichspräsidenten zu wählen. „Wir werden uns rächen!" schreit der Obermandervogel mit erhobener Stimme, „wenn wir erst wieder an der Macht sind." Teutonenzorn durchbraust den Wald für fünf Minuten und dann geht man Kaffee kochen.

Die „Roulettepartie".

Aushebung eines Spielklubs.

Ein gefährlicher Spielklub wurde nach langen Bemühungen in der vergangenen Nacht im Betriebe überrascht und ausgehoben. Es ist eine „Roulettepartie", deren Leiter und Unternehmer ein gewisser Johannes Kellner aus der Bismarckstraße und ein Max Frankowiak aus der Lützowstraße waren. Mitbeteiligte waren als Schlepper und Ordner noch ein gewisser Grupler und ein Friedrich Nagel.

Der Spielklub tagte zuletzt in der Wohnung Frankowiaks in der Lützowstraße, die stark gesichert war. Auch mit Gewalt war hier nicht heranzukommen. Trotzdem beschlossen die Leiter, den Ort zu wechseln. Die ständigen Beobachtungen der Kriminalbeamten hatten zur Folge, daß die Gäste mehr und mehr abgeschreckt wurden und daß es dem Schlepper nicht mehr gelang, neue heranzuschaffen. Sie wechselten nun mehreremal das Lokal. Die Spieler schlugen der Kriminalpolizei mehrfach ein Schnippchen, indem sie die Roulettegeräte im letzten Augenblick rasch in ein sicheres Versteck brachten und sich dann zu einem harmlosen Spielchen hinsetzten. Zuletzt wurde festgestellt, daß eine Frau Schreiber Räume ihrer Siebenzimmerwohnung im 1. Stock des Hauses Pariser Straße 1 den Spielunternehmern zur Verfügung gestellt hatte. Die Beamten ermittelten, daß für die vergangene Nacht alle Vorkehrungen für eine Roulettepartie getroffen waren. Auch jetzt kamen sie wieder vor verschlossene Türen und mußten sich mit Gewalt Eintritt verschaffen. Von der Roulette, den Chips und Schlitten war wieder nichts zu sehen. Im Speisezimmer der Frau Schreiber saßen außer den Veranstaltern der Spiele mehrere Gäste bei einem harmlosen Spiel. Der Schlepper Grupler war schon auf der Straße festgenommen und nach der Wache gebracht worden. Die Unternehmer bestritten zunächst, Roulette gespielt zu haben, und wollten von den Gerätschaften nichts wissen. Eine gründliche Durchsuchung förderte diese aber bald zutage. In dem Klosettraum war unter dem Fußboden ein Loch ausgehoben, und die Unternehmer hatten, während die Beamten mit Gewalt öffnen mußten, noch Zeit gefunden, die Geräte in dieses vorbereitete Versteck hineinzubringen. Frankowiak blieb auch nach dieser Entdeckung dabei, daß von einem verbotenen Spiel keine Rede gewesen sei. Die vernommenen Gäste aber gaben das bald zu. Einige der Spieler hatten versucht, durch den Hinterausgang zu entfliehen, ihn aber verschlossen gefunden. Sie hatten sich dann in verschiedenen Zimmern und sogar in Schränken versteckt. Im ganzen wurden außer den Unternehmern 12 Personen angetroffen und festgestellt.

Der Anklagevertreter als Angeklagter.

Gerichtsassessor a. D. Dr. Walter Schott vor den Richtern.

Dem erweiterten Schöffengericht Mitte wurde heute früh der frühere Gerichtsassessor Dr. Walter Schott aus der Untersuchungshaft vorgeführt, um sich wegen Betruges, Untreue und Unterschlagung in einer Reihe von Fällen zu verantworten. Dr. Schott wird beschuldigt, als Bevollmächtigter über Vermögensstücke in gewinnsüchtiger Absicht verfügt zu haben. In anderen Fällen hat er Autos, die ihm nicht gehörten, verpfändet und verkauft. Schon die Verhaftung Dr. Schotts hat seinerzeit großes Aufsehen erregt, da er lange Zeit in Moabit als Vertreter der Staatsanwaltschaft in zahlreichen Fällen als Anklagevertreter aufgetreten war.

Dr. Schott ist 33 Jahre alt und ein Mann von sehr gewandtem Auftreten. Mitangeklagt ist ein Kaufmann Leo Jakob, der in einem Straffall mit Schott zusammen gearbeitet haben soll. Zunächst wurde Dr. Schott vom Vorsitzenden ersucht, sich eingehend über seinen Lebenslauf zu äußern, und er machte dazu folgende Ausführungen: „Ich stamme mütterlicherseits aus begütertem Hause. Im Jahre 1914 machte ich das Referendarexamen und wurde Kriegsfreiwilliger, kam aber infolge eines Unfalles nicht ins Feld. Das Assessorexamen machte ich 1919 und war dann dauernd bei den Staatsanwaltschaften I und II, immer mit besoldeten Kommissorien, beschäftigt. Im Jahre 1916 heiratete ich mit 23 Jahren." Auf die Frage des Vorsitzenden, ob das mit Einwilligung der Eltern geschehen sei, antwortete der Angeklagte, daß sein Vater schließlich zwangsweise nachgeben mußte. Als einziges Kind habe er von zu Hause viel Geld erhalten und auch von einem Onkel Zuschüsse bekommen. Im Herbst 1921 sei der Vater gestorben und er habe 200 000 Mark bar und Effekten geerbt. Das Geld war aber nach dem Willen des Vaters bis November 1923 fest angelegt. Durch die Inflation ging das Geld verloren. Ebenso verlor der Onkel sein ganzes Vermögen, so daß er, Schott, nur noch auf seine Einkünfte bei der Staatsanwaltschaft angewiesen war. Vors.: Trotzdem haben Sie aber Ihr großzügiges Leben fortgesetzt und Ihre Verhältnisse nicht geändert. Angekl.: Ich hatte nunmehr erhebliche Zuschüsse von dem Vetter meiner Frau, einem reichen Flachshändler in der Tschechoslowakei. In den Jahren 1921 und 1922 erhielt ich 40 000 bis 50 000 Kronen, das war damals viel Geld. Die Zuschüsse hörten mit der Stabilisierung der Mark und infolge einer Verstimmung auf. Vors.: Nun hat Sie das aber nicht abgehalten, auf ziemlich großem Fuße zu leben? Angekl.: Ich war gewöhnt, gut zu leben, aber ich war eigentlich kein Verschwender. Vors.: Nach den Zivilakten haben Sie Ende 1923 eine Gesamtschuldenlast von 60 000 bis 80 000 Mark gehabt, so daß Sie mindestens 40 000 bis 60 000 Mark Jahresverbrauch gehabt haben müssen. Angekl.: Ich hatte auch große Börsenverluste und mußte auch den Haushalt meiner Mutter unterhalten. Vors.: Trotzdem müssen Sie ziemlich flott gelebt haben. Angekl.: Gespielt habe ich aber nicht. Wenn ich ein Auto besaß, so waren das nicht Gründe des Luxus, sondern geschäftliche Erwägungen. Ende 1923 stand ich mit meiner großen Schuldenlast da und verlor auch mein bezahltes Kommissorium. Wenn ich heute die Sache vernünftig überdenke, würde ich anders gehandelt haben. Ich hätte mit den Gläubigern ein Abkommen getroffen und mich als Anwalt niedergelassen. Im Mai 1924 setzten die fruchtlosen Pfändungen ein. Vors.: Sie wurden wiederholt zum Offenbarungseid geladen, haben sich aber dem entzogen und ihn erst geleistet, als Sie im Dezember 1924 vom Gerichtsvollzieher verhaftet wurden. Sie haben sich als vermögenslos angegeben. Angeklagter: Ich hatte auch kein Vermögen mehr. Vom Dezember 1923 hatte ich mich beurlauben lassen und bin im August aus dem Staatsdienst ausgeschieden. Der Grund für die Beurlaubung war, daß ich mit einem früheren schweizerischen Konsul in Kiew, namens Bürgler, Geldvermittlungsgeschäfte machen wollte. In dieser Zeit hatte ich mir auch das Auto angeschafft.

Ein zusammengebrochener Zeuge.

Gegenüberstellung Barmat – Rommel.

Die heutige Sitzung des Reichstagsausschusses zur Untersuchung der Kreditaffären, die wiederum im großen Schwurgerichtssaal zu Moabit stattfand, hatte noch geringeres Interesse erregt als die gestrige. Der Zuschauerraum war nur mäßig besetzt, auch der Schwarm der Presseleute und sonstiger Interessenten hatte sich verlaufen. Das Wesentliche aus den heutigen Verhandlungen ist der Zusammenbruch eines der Hauptzeugen gegen Barmat, des Herrn Rommel, der 1919—1920 Vertreter der Reichsfettstelle in Holland war. Auf Auf Befragen des Genossen Aufhäuser mußte Herr Rommel zugeben, daß er an Tatsachen nichts wisse, sondern daß das, was er am Donnerstag unter Eid ausgesagt hat, nur sein „Eindruck" sei. Die unbeteiligte Zuhörer gewannen daraus einen ganz anderen Eindruck, nämlich den, daß Herr Rommel sich zur Verbreitung von Gerüchten und Klatschereien hergegeben hat.

Noch eine andere wesentliche Feststellung: noch im Jahre 1923 hat der jetzige deutsche Botschafter in Washington, Herr von Maltzahn, für Barmat ein Empfehlungsschreiben an die Ukraine ausgestellt, worin er ihn als einen großzügigen und reellen Kaufmann bezeichnet, denselben Barmat also, den manche Herrn Maltzahn gewiß nicht fernstehende Kreise heute als gewissenlosen Geschäftemacher hinstellen möchten.

*

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages, vor dem heute wiederum Barmat vernommen wird, erörtert das bekannte Kondens-Milchgeschäft. Barmat ersucht darum, ihn bei seiner Aussage mit dem Material zu unterstützen, da er nach soviel Jahren unmöglich aus dem Kopfe alles wissen könne.

Bei Abschluß des Vertrages sei vereinbart worden, daß die Büchsen 16 Unzen brutto, 14 Unzen netto enthalten sollten. Die Belege darüber seien dem Minister Hermes unterbreitet worden. Der Vorsitzende verliest darauf einen amtlichen Bericht über diese Angelegenheit. Danach hatte er die Lieferung von 25 000 Kisten Büchsenmilch übernommen, 18 500 Büchsen seien davon geliefert worden. Wiederholt ist der Vertrag geändert worden. Schließlich lautete er so, daß die Büchsen „16 Unzen brutto" enthalten sollten. Von Barmats Vertreter Staller sei anerkannt worden, daß die Büchsen 2 Unzen mehr enthalten sollten; da die Lieferung nur in den Dosen mit 14 Unzen Inhalt erfolgte, bezahlte der holländische Vertreter der Reichsstelle nur den entsprechenden niedrigen Preis. Es wurden neue Vereinbarungen getroffen. Da auch diese nicht innegehalten wurden, sind schließlich beide Teile vom Vertrage zurückgetreten. Nach den von der Reichsfettstelle eingeholten Erkundigungen hätten die holländischen Fabriken erklärt, daß es Barmat bekannt war, daß die Dosen 14 Unzen brutto enthielten und nicht 16 Unzen netto. Barmat habe, um das Reich zu schädigen, falsche Etiketten anfertigen lassen. Eine Fabrik hat an Barmat 5000 Gulden als Entschädigung gezahlt, sonst habe Barmat keine Ersatzansprüche an die Fabriken gestellt.

Nunmehr wird der Zeuge Rommel, seinerzeit Vertreter der Reichsfettstelle in Holland, über das Milchgeschäft vernommen. Er schildert ausführlich die damaligen Vorgänge und bleibt bei seiner Behauptung, daß Barmat das Reich dadurch geschädigt habe, daß er statt 16-Unzen-Dosen nur 14-Unzen-Dosen lieferte.

Aus den vorliegenden Verträgen ergibt sich, daß zuerst 14-Unzen-Dosen und dann 16-Unzen-Brutto-Dosen vereinbart wurden.

Barmat behauptet demgegenüber, daß er die Büchsenmilch genau nach Vertrag — 16 Unzen Inhalt netto — bei den holländischen Fabriken bestellt habe.

Die eine Fabrik habe schließlich eine Entschädigung gezahlt, weil sie falsch geliefert habe. Bei der anderen Fabrik sei es zu einem Vergleich gekommen. Abg. Breitscheid verlangt die Feststellung, wer in Berlin die beiden Verträge für die Fettstelle unterzeichnet hat, von denen der eine den Vermerk „16 Unzen Inhalt brutto" trägt. Aus den Akten läßt sich das nicht ermitteln. Die Kopien enthalten keine Unterschrift. Für die Firma Amezima hat Herr Staller die Verhandlungen geführt. Abg. Breitscheid besteht darauf, daß festgestellt werden muß, wer von deutscher Seite für den unsinnigen, zu Mißdeutungen Anlaß gebenden Vermerk „16 Unzen Inhalt brutto" verantwortlich zu machen ist. Abg. Breitscheid beantragt die Vorladung von David Barmat und Staller. Darüber soll später beschlossen werden.

Abg. Spahn (Z.) fragt Barmat, ob diese Sache Gegenstand der Untersuchung gegen ihn bildet. Barmat: Zuerst wurde ich verhaftet, weil ich mit Kutisker in Verbindung stehen sollte. Das wurde fallen gelassen und gegen mich der Vorwurf des Kreditbetruges zu ungunsten der Staatsbank und der Bestechung des Abg. Höfle erhoben. Auf meine Beschwerde hat die Strafkammer behauptet, es bestehe in dem letzten Punkte noch ein dringender Verdacht. Gestern nachmittag aber hat ein Herr Kußmann gesagt, nicht nur die Milchgeschichte, sondern noch vieles andere liege gegen mich vor.

Auf Befragen des Abg. Rosenberg

bestätigt der Zeuge Rommel, daß Barmat mit den holländischen Fabriken Verträge über Lieferung von 16 Unzen Inhalt-Dosen abgeschlossen hat.

Nachher hätten die Direktoren der Fabriken allerdings erklärt, sie hätten niemals angenommen, daß solche Dosen geliefert werden sollten, da sie in Holland nicht handelsüblich seien. Der Preis sei auch nur der für 14 Unzen übliche gewesen. Verantwortlich für den Abschluß der Verträge in Berlin sei Herr Thieme von der Reichsfettstelle, der ihm erklärt habe, auf Veranlassung der Firma Amezima sei der Vermerk „16 Unzen Inhalt brutto" hineingekommen.

Abg. Aufhäuser stellt durch Befragen des Zeugen Rommel fest, daß dieser behauptet, die eine der beiden Fabriken, die berühmte Firma van den Bergh, habe mit Barmat einen Scheinvertrag abgeschlossen. Der Zeuge behauptet weiter, Barmat habe bei der Ablieferung der Milch gewußt, daß es sich um Büchsen mit 14 Unzen Inhalt handele, er habe aber die Bezahlung von 16 Unzen Dosen verlangt.

Barmat erklärt nun, daß der Vertrauensmann der Reichsfettstelle, Herr Reh, bei den Fabriken nach dem Vertrag die Büchsen abgenommen habe und sei dann von ihm auch der vereinbarte Preis gezahlt worden. Auf eine Frage des Abg. Breitscheid erwidert Barmat mit aller Bestimmtheit,

daß er an die Fabriken den Preis für Dosen mit 16 Unzen Inhalt bezahlt habe.

Der Ausschuß wendet sich dann der Erörterung der Art der Lieferscheine zu. Der Zeuge Rommel wiederholt seine am Donnerstag gemachten Aussagen. Barmat sagt, daß er ohne die Akten keine genauen Aussagen machen könne. Dort befänden sich die Lieferscheine, sie seien nicht vom Ernährungsministerium unterzeichnet worden, sondern von den zuständigen Reichsstellen. Die Akzepte seien vom Reich ausgestellt und dann bei der Commerz- und Privatbank diskontiert. Es seien allerdings, wie in Holland üblich, Vorlieferscheine ausgestellt worden, damit die Besichtigung der Waren erfolgen konnte. Nach der Abnahme wurden die eigentlichen Lieferscheine ausgestellt. Die Bezahlung erfolgte erst nach der Lieferung der Ware. Die Lieferscheine seien ihm von den Berliner Reichsstellen vorgeschrieben worden. Die Ware sei stets nach Angabe des Lieferscheines geliefert worden.

Abg. Aufhäuser ersucht den Zeugen Rommel um eine Ergänzung seiner früheren Aussage. Sie haben behauptet, daß Barmat mit den Depotscheinen für die Akzepte an der Börse gehandelt und dann erst die Ware bekommen habe.

Rommel: Das ist ein Mißverständnis. Ich hatte den Eindruck gewonnen, daß Barmat mit der Bank ein Abkommen getroffen habe, um gegen Depotscheine Gulden zu erhalten.

Aufhäuser: Sie haben ganz konkret gesagt, daß eine Diskontierung erfolgt sei. Worauf stützen Sie sich dabei, können Sie Tatsachen dafür angeben

Rommel: Darauf muß ich erklären, Beweise habe ich nicht.

Vors. Saenger: Sie dürfen nur sagen, was Ihrem Gewissen entspricht. Wir möchten hier nicht wissen, was sie von anderen gehört haben, sondern was Sie selbst erlebten.

Rommel: Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß ich das selbst erlebt habe. Ich hatte nur diesen Eindruck durch ein Zusammenwirken von Umständen.

Aufhäuser: Sie hatten doch aber als Tatsache angegeben, daß die Diskontierung sich so abgespielt habe, wie Sie sie geschildert haben.

Rommel: Das war meine subjektive Auffassung.

Barmat: Ich bitte den Leiter der Inkassobank in Amsterdam, Herrn Goudewag, darüber zu vernehmen. Er wird gern dazu bereit sein, unter Eid zu bestätigen, daß niemals eine Diskontierung der Lieferscheine erfolgt ist. Ich muß feststellen, daß der kaufmännische Leiter der Fettstelle in Holland nicht weiß, daß es sich um gar keinen Depotschein handelte, sondern nur um eine Bestätigung.

Die Unterschlagungen beim Fundamt der Polizei.

Der im Zusammenhang mit dem Polizeioberinspektor Gaul genannte Polizeisekretär Fischer vom Fundamt des Berliner Polizeipräsidiums, gegen den hinterher getrennt verhandelt wurde, wurde vom Schöffengericht Mitte ebenfalls der Amtsunterschlagung für schuldig befunden und unter Zubilligung mildernder Umstände zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet. Oberinspektor Gaul hat übrigens die Strafe sofort angenommen, sodaß sie, da auch der Staatsanwalt auf eine Berufung verzichtet hatte, rechtskräftig geworden ist.

Keine Verhaftung des Arztehepaares Dr. Landau. Gestern abend meldeten wir die Verhaftung des praktischen Arztes Dr. Landau sowie seiner Gattin. Diese Meldung ist, wie uns die Polizeikorrespondenz mitteilt, unrichtig. Die informierende Korrespondenz ist das Opfer einer falschen Information geworden. Dr. Landau und seine Frau befinden sich auf freiem Fuß. Der Sachverhalt ist folgender: Eine entlassene Angestellte erstattete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Dr. Landau sowie seine Gattin wurden daraufhin am 29. März von der Staatsanwaltschaft vernommen und sofort wieder entlassen. Es hat sich ergeben, daß die Anzeige aus Rache erstattet wurde. Gegen den Urheber dieser verleumderischen Meldung ist das Erforderliche veranlaßt worden.

Autounglück. In der Möckernstraße fuhr heute morgen ein Lastauto der Lebensmittelgroßhandlung Gebrüder Schiersi einen über den Damm gehenden Mann an, der scheinbar sehr in Gedanken war. Er wurde vom rechten Schwungflügel erfaßt und geriet unter das rechte Hinterrad. Der Mann, dessen Personalien noch nicht feststehen, war auf der Stelle tot. Den Aussagen der Augenzeugen nach trifft den Fahrer keine Schuld.

Die verschwundenen Heckenlinden. Auf dem Olivaer Platz sind junge Heckenlinden frisch eingepflanzt. Davon wurden jetzt 25 Stück gestohlen. Der Dieb ist noch nicht ermittelt. Die Linden sind 1,20 Meter hoch und haben nach oben strebende Wurzeln.

Der Schnellzug Mittelwalde-Prag entgleist. Ein glückliches Eisenbahnunglück ereignete sich nächst der Station Goldenstein im Altvatergebirge. Hier, ganz nahe einer hohen Eisenbahnbrücke über einen Abgrund, entgleiste infolge schlechten Unterbaues in einer Kurve der Schnellzug Mittelwalde-Prag Nr. 27 mit der Lokomotive. Der dichtbesetzte Zug fuhr mit voller Geschwindigkeit, als der Führer ein lautes Knirschen hörte. Er bremste sofort ab und brachte bald den Zug zum Stehen. Nun sah man, daß auf etwa 200 Meter die Maschine mit den Rädern entgleist war und neben der Schiene fuhr, während die Wagen noch im Geleise standen. Auf der ganzen Strecke waren die Schienen verbogen und die Schrauben herausgesetzt und zerschnitten. Aus Hannsdorf wurde eine neue Zugsgarnitur herbeigeholt und mit zwei Stunden Verspätung setzte der Zug die Fahrt fort.

Schneestürme in der Rhön. Im Rhöngebirge herrscht zurzeit Schneesturm. Auf dem Kreuzberg beträgt die Schneehöhe bei drei Grad Kälte acht Zentimeter.

Schwarzrotgoldene Fahnen sind auch, wie man uns mitteilt, beim Genossen Leppin, Wilmersdorf, Uhlandstraße 131—132 preiswert erhältlich.

Okkultismus im Lichtbild. Am Montag, den 20., 7½ Uhr, veranstaltet der Bund religiöser Sozialisten in Neukölln im großen Saal Hertastr. 9 einen Lichtbildervabend, bei dem Genosse Dozent Dr. Thalemann über die neueren Ergebnisse der okkultistischen Forschung in kritischer Weise sprechen wird. Der Eintritt ist frei.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2. **Kreis Tiergarten.** Die erweiterte Kreisvorstandssitzung am Sonntag findet bei Schmidt, Bielefstr. 17, statt.

7. **Abt.** Zur Flugblattverbreitung treffen sich sämtliche Genossen morgen, Sonntag, vorm. 9 Uhr, in ihren Stammlokalen.

24. **Abt.** 3. Gruppe. Heute Sonnabend, von 6 Uhr ab, Flugblattverbreitung. Lokal Köhler, Am Bahnhof.

52. **Abt. Charlottenburg.** Die Genossen treffen sich Sonntag vormittag 9 Uhr bei Bade, Kaiserin-Augusta-Allee 52, zur Flugblattverbreitung.

71. **Abt. Wilmersdorf.** Heute, Sonnabend, Flugblätter bei Janas abholen.

81. **Abt. Friedenau.** Treffpunkt zum Werbenachmittag der Kinderfreunde Sonntag nachmittag 4 Uhr Friedrich-Wilhelm-Platz.

111. **Abt. Bohnsdorf** Flugblattverbreitung morgen, Sonntag, vorm. 9 Uhr.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Charlottenbg. Teilnehmer am Frühlingsspiel und Volkstänzen! Morgen, Sonntag, pünktlich vormittags ½8 Uhr (nicht 8 Uhr). Beginn der Generalprobe im Großen Schauspielhaus. Alle müssen zur Stelle sein.

Gewerkschaftsbewegung

Der Schiedsspruch ist abgelehnt!

Die Urabstimmung der Berliner Metallarbeiter.

Bis jetzt liegt das Ergebnis der Urabstimmung aus 306 Betrieben vor. An der Abstimmung beteiligten sich 152 813 Arbeitnehmer, wovon 106 833 für Ablehnung des Schiedsspruches stimmten und nur 40 683 für dessen Annahme.

Die Abstimmung des Schiedsspruches ist wohl lediglich oder doch hauptsächlich auf die in dem Manteltarif vorgesehene Arbeitszeit zurückzuführen. Die Berliner Metallindustriellen haben sich offenbar das Vertrauen der Arbeiterschaft auf eine loyale Anwendung der Ueberzeitarbeitbestimmungen verscherzt. Die Arbeiter befürchten, daß „die Eigenart" oder die „wirtschaftlichen Bedürfnisse" des Betriebes ausnahmslos vorgeschoben werden, um für längere Zeit je eine tägliche Ueberstunde und damit den Neunstundentag zu dekretieren.

Wollen die Berliner Metallindustriellen mit ihren Belegschaften in ein besseres Einvernehmen kommen, dürfen sie den Achtstundentag nicht nur „grundsätzlich" anerkennen, was schließlich auch Herr Gothein tut, sondern sie müssen sich endlich mit dem Achtstundentag grundsätzlich abfinden.

Am erzwungenen Neunstundentag werden sie niemals große Freude erleben, ganz abgesehen davon, daß die Arbeitnehmerschaft, nur der Not gehorchend, sich zeitweilig damit abfindet, auf die Dauer aber sich den Neunstundentag nicht aufzwingen läßt, und nicht eher ruhen wird, bis der Achtstundentag zur anerkannten Regel geworden ist, von der gelegentliche Ausnahmen nur aus ganz besonderen, offensichtlich wichtigen Gründen zulässig sein dürfen. Eher kann von einem Arbeitsfrieden; von dem die Vertreter der Unternehmer so gerne reden, nicht die Rede sein.

Verwaltungsbeamte und Republik.

Tagung der Reichsgewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamten.

Die dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossene Reichsgewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamten hielt am 10. und 11. April unter zahlreicher Beteiligung, insbesondere auch von Delegierten aus dem besetzten Gebiet, in Berlin unter Leitung von Regierungsrat i. W. Kahnt-Weimar ihren Gewerkschaftstag a. Nach der Erstattung eines sehr ausführlichen Geschäftsberichts durch den Vorsitzenden Marten, den Schriftführer Schlegel und den Kassierer Karstedt erfolgte eine gründliche Aussprache, in deren Verlauf dem Vorstand für seine aufopfernde und mühevolle Arbeit von allen Seiten Dank und Anerkennung ausgesprochen wurde. Vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hielt Kohur einen Vortrag über Die Forderungen der Beamtenschaft und die nicht gehaltenen Versprechungen der Parteien, der allgemeinen Beifall fand. Zur Verstärkung des Rechtsschutzes gegenüber dem rücksichtslosen Abbau und zur Verteidigung der letzten Reste des Berufsbeamtentums wurde eine Verdoppelung der Beiträge und die Erhebung einer einmaligen Umlage beschlossen.

Auf dem Gewerkschaftstage kamen zahllose Fälle von Uebergriffen Vorgesetzter, für die weder die republikanische Verfassung noch die Einrichtung der Beamtenausschüsse und andere Rechtsgarantien zu bestehen scheinen, zur Sprache. Der Vorstand konnte nachweisen, daß er in einer großen Reihe von Fällen bei allen Ministerien, bei den Landesregierungen und in den Parlamenten die Rechte der Beamten mit Entschiedenheit zu wahren versucht hatte.

Nach einstimmiger Wiederwahl des bisherigen Gewerkschaftsvorstandes wurde auf Antrag der Vertreter aus dem besetzten Gebiet folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der am 10. und 11. April 1925 in Berlin versammelte Gewerkschaftstag der Reichsgewerkschaft Deutscher Verwaltungsbeamten legt ein

freudiges Bekenntnis zur republikanischen Staatsverfassung

ab und fordert die gesamte deutsche Beamtenschaft angesichts der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl auf, die Republik zu verteidigen.

Während die deutsche Reichsverfassung vom 11. August 1919 im Artikel 129 die wohlerworbenen Rechte der Beamten ausdrücklich als unverletzlich schützt, verletzen die Mehrheitsparteien, die heute noch das Abbaugesetz und das Besoldungssperrgesetz aufrechterhalten, das höchste Grundrecht des Staates und der Beamten und beweisen damit ihre grundsätzliche Gegnerschaft gegen das Berufsbeamtentum. Der Gewerkschaftstag erklärt, daß die Verwaltungsbeamten das Berufsbeamtentum gegenüber allen offenen und verkappten Feinden unter Einsatz aller Kräfte verteidigen werden."

Arbeitszeit und Leistung in der Landwirtschaft.

Das Bestreben der Arbeitgeber im Jahre 1924, die Arbeitszeit zu verlängern, ist auch auf die Verhältnisse in der Landwirtschaft nicht ohne Einfluß geblieben. Bei allen Gelegenheiten wurde eine bedeutende Verlängerung der Arbeitszeit verlangt. Allgemein wurde die in der Landarbeitsverordnung vorgeschriebene höchste zulässige Arbeitszeit von 2900 Stunden gefordert. Diese Forderung wurde gestellt mit der Begründung, es werde sonst nicht genug geleistet. Das ist eine billige Redensart, deren Unrichtigkeit durch eine wertvolle Materialsammlung jetzt glänzend bewiesen werden kann.

Eine Umfrage des Deutschen Landarbeiterverbandes, deren Ergebnis in nachstehender Tabelle festgelegt ist, beweist, daß in 203 Betrieben im August des Jahres 1914 16 651 und im August des Jahres 1924 nur 13056 Arbeitskräfte beschäftigt wurden. Es wurden also im Jahre 1924 in den 203 Betrieben 3595 Arbeiter weniger beschäftigt als 1914, ohne daß nachgewiesen werden kann, daß eine entsprechende Verkürzung der Gesamtleistung eingetreten ist. Man wird behaupten, daß diese Ersparnis an Arbeitskräften durch die Umstellung der Betriebswirtschaft erfolgt ist. Das trifft nur in bedingtem Maße zu, da nur in 60 von den 203 befragten Betrieben durch Anschaffung zweckmäßiger Anlagen und durch Umstellung der Bewirtschaftsmethode Aenderungen herbeigeführt wurden.

	Zahl der Betriebe	August 1914 wurden Arbeit. beschäftigt	August 1924 wurden Arbeit. beschäftigt	Es wurden 1924 weniger beschäftigt	Zahl d. Betriebe, in denen Umstellungen festgestellt wurden
Ostpreußen	21	2003	1491	512	4
Pommern	18	1560	1343	217	5
Freistaat Mecklenburg	31	2078	1667	411	8
Provinz Brandenburg	19	1888	1717	121	—
Provinz Schlesien	11	912	831	81	6
Hannover	12	787	630	157	7
Schleswig-Holstein	7	234	178	56	2
Prov. Sachs. u. Freist. Anhalt	42	4865	3184	1681	18
Freistaat Sachsen	19	1090	985	105	6
Freistaat Thüringen	7	457	367	90	3
Rheinland und Westfalen	8	212	148	64	—
Bayern	13	615	515	100	6
Zusammen:	208	16651	13056	3595	60

Diese Zahlen zeigen deutlich, daß ein zwingender Grund für die Verlängerung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft nicht vorgelegen hat. Die Landarbeiter haben ihre Arbeitsleistung enorm gesteigert. Wenn trotzdem von den Arbeitgebern an dem Gedanken der Arbeitszeitverlängerung festgehalten wurde, beweist das nur einen hohen Grad sozialer Rückständigkeit.

Sozial-Attachés.

(IGB.) Die Forderung des Internationalen Gewerkschaftskongresses 1919 in Amsterdam, daß die Regierungen ihren diplomatischen Vertretungen auch von den Gewerkschaften vorzuschlagende Sozial-Attachés angliedern sollen, hat dazu geführt, daß Deutschland, Norwegen und Schweden einige Sozial-Attachés ernannten. Seit dem Tode des schwedischen Sozialattachés in Berlin, Jansson, der Ernennung des deutschen Sozialattachés in Rom, Sassenbach, zum Sekretär des IGB. in Amsterdam und der Abberufung des norwegischen Attachés Bonnerie aus Berlin, haben neue Ernennungen nicht stattgefunden. Nunmehr ist es Mexiko, daß diese Angelegenheit wieder in Fluß bringt. Die mexikanische Presse veröffentlicht folgende Mitteilung:

„Die mexikanische Arbeiterbewegung ist in den Wirkungskreis der Weltdiplomatie getreten. Präsident Calles hat in einem Dekret verfügt, daß allen mexikanischen Gesandtschaften und Botschaften ein Vertreter der Arbeiterschaft zuzuteilen ist, der den Namen eines Arbeitsattachés führt. Alle andern modernen Regierungen anerkennen die Macht der Unternehmer, indem sie ihren diplomatischen Vertretungen im Ausland Handelsattachés beigeben. Mexiko ist das erste Land, das durch seinen Beschluß anerkennt, daß auch die Arbeiter Anrecht auf alle Vorteile der offiziellen Vertretung in fremden Staaten haben. Die Arbeitsattachés werden die Aufgabe haben, sich über die in Arbeiterkreisen herrschenden Strömungen und die allgemeinen Arbeitsbedingungen zu unterrichten, Beziehungen mit den arbeiterfreundlichen Kreisen anzubahnen und die mexikanische Arbeiterbewegung über alle sie interessierenden Entwicklungen zu unterrichten. Als erster Attaché wurde Canuto Vargas, der seit vielen Jahren für den Pan-Amerikanischen Arbeitsbund wirksam war, für die mexikanische Gesandtschaft in Washington bestimmt. Er wird demnächst als diplomatischer Vertreter der Arbeiter seinen Dienst antreten.

Bauarbeiteraussperrung in Pommern.

Stettin, 18. April. (Eigener Drahtbericht.) Am 24. März wurde ein Schiedsspruch gefällt, demzufolge die Löhne der pommerschen Bauarbeiter vom 1. April bis zum 31. Mai um 20 bis 30 Proz. erhöht wurden. Dieser Schiedsspruch wurde von den Arbeitnehmern angenommen, von den Unternehmern jedoch abgelehnt, hauptsächlich wohl deshalb, weil sie eine Gültigkeitsdauer des Schiedsspruches bis zum 30. September erzwingen wollten. In sieben Orten der Provinz Pommern haben die Arbeiter wegen dieser Nichtanerkennung des Schiedsspruches die Arbeit eingestellt. Daraufhin haben die Unternehmer beschlossen, sämtliche Bauarbeiter der Provinz Pommern auszusperren. In Stettin ist die Aussperrung heute vollständig, in der Provinz bereits teilweise durchgeführt. Bis jetzt ist der Umfang der Aussperrung noch nicht vollständig zu übersehen.

Streik im Kieler Hafenbetriebe?

Kiel, 18. April. (TU.) Die Angestellten der Hafendampfschiffahrtsgesellschaften beabsichtigten, nachdem sie einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt haben, heute, Sonnabend, in den Streik zu treten. Von Mittag ab soll jeglicher Verkehr im Hafen ruhen. Der Schiedsspruch sieht eine Lohnerhöhung von neun Pfennig vor.

Achtung, Mitglieder des Baugewerksbundes. Morgen Sonntag, vormittags 10 Uhr bei Kraatz, Adalbertstr. 21, wichtige Versammlung aller Stein- und Muldenträger des Baugewerksbundes. Bericht von dem Ergebnis der Verhandlungen zwecks Abschlusses eines Akkordtarifvertrages. Wir ersuchen alle Kollegen Maurer und Bauhilfsarbeiter nochmals die Kollegen Stein- und Muldenträger auf diese Versammlung hinzuweisen. Der Vereinsvorstand.

Achtung, Akkord-Mulden- und Fahrstuhlträger! Heute abend 7 Uhr Funktionärversammlung. Am Sonntag morgen 10 Uhr Vollversammlung. Berichterstattung über die Verhandlungen betreffs Akkordtarifvertrag vom 16. April 1925. Beide Versammlungen finden bei Schulz, Elisabethstr. 30, statt. Vollzähliges Erscheinen ist erforderlich. J. A.: Wangemann.

Wirtschaft

Behördliche Baustoffbeschaffung.

Wie der preußische Minister für Volkswohlfahrt mitteilt, hat sich das Reich einverstanden damit erklärt, daß auch fernerhin die Herstellung von Baustoffen und Bauteilen für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge als große Notstandsarbeit gefördert wird, sofern die Vorschriften des Reichsarbeitsministeriums erfüllt sind. Eine Förderung kommt nur in Frage, wenn ein gemeinnütziges Siedlungs- oder Bauunternehmen, dessen Träger auch eine Gemeinde sein kann, Baustoffe in eigenen Betrieben für die eigenen Wohnungsbauten herstellen läßt. Ferner sollen diese Arbeiten möglichst in die für das Baugewerbe stilleren Jahreszeiten verlegt werden und dann hauptsächlich erwerbslosen Bauhandwerkern und Bauhilfsarbeitern Beschäftigung bieten. Die Förderung soll in der Regel in der Form von Darlehen erfolgen, die auf längstens fünf Jahre zu gewähren und für ein Jahr zinsfrei zu geben sind.

Es ist unverständlich, warum das Reich, also wohl das Reichsarbeitsministerium, mit seiner Zustimmung bis zum Frühjahr gewartet hat und warum man zu dem zweifelhaften Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge greift, statt aus den Mitteln der Hauszinssteuer, die doch reichlich genug fließen, bei Zahlung normaler Tariflöhne die gemeinnützigen Baustoffunternehmungen fördert, um den Baustoffwucher zu bekämpfen.

Die Mal-Kah-Zigarettenfabrik A.-G., die u. a. die Palestine Tobacco and Cigarette Manufactury mit Fabriken in Jerusalem und New York erworben hat, weist für das Geschäftsjahr 1924 einen Reingewinn von nicht weniger als 451611 Mark auf. Davon kann sie eine Dividende von 15 Proz. bezahlen. Angesichts der viel erörterten schlechten Lage der deutschen Zigarettenfabriken muß der erzielte Gewinn des Mal-Kah-Konzerns immerhin überraschen. Ist doch die Industrie nur zu einem Drittel beschäftigt. Sie trägt sich übrigens mit der Absicht, ihre Betriebe noch weiter einzuschränken. Eigenartig berührt auch in der Bilanz, daß auf der Passivseite für gestundete Banderolen und Zölle 507 817 M. aufgeführt sind. Der Reingewinn der Mal-Kah würde also ungefähr reichen, die Steuerschulden abzudecken. Im übrigen verträgt sich der hohe Dividendensatz von 15 Proz. sehr schlecht mit den Banderolensteuerstundungen.

Die englische Eisenproduktion betrug im März 1925 rund 607 900 Tonnen gegenüber 668 000 Tonnen im März 1924. Die Durchschnittsmonatsproduktion im Jahre 1913 war 855 000 Tonnen. Aus diesen Zahlen geht deutlich die Heftigkeit der Krise hervor, in der sich die englische Eiseninudstrie augenblicklich befindet.

Vorträge. Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Um verschiedene Anfragen zu beantworten, teilen wir den am Sonntag, 19. April nach Lichtenberg marschierenden Kameradschaften mit, daß auch die Angehörigen mitgebracht werden können. Denselben stehen ab 5 Uhr die drei Lokale von Tempel, Haberland, Schnätzer zur Verfügung. Daselbst ab 5 Uhr geselliges Beisammensein. Gauvorstand.

Kameradschaft Prenzlauer Berg. Sämtliche Kameraden treffen sich Sonntag, den 19. April, mittags 12 Uhr, bei Burg, Prenzlauer Allee 189. Die für morgens 8½ Uhr angesetzte Autofahrt bleibt jedoch bestehen. — **Kameradschaft Petershagen-Fredersdorf.** Sonntag, 19., nachmittags 4½ Uhr, Treffen bei Heine mit Fahrrädern. — **Kameradschaft Neukölln-Britz.** Sonntag, 19. April, nachm. 5 Uhr, Kameradschaftsabend in Kliems Festsälen, Hasenheide. Konzert, humoristische Vorträge, Tanz.

Theater der Woche.

Vom 19. bis 27. April 1925.

Volksbühne: 19. Wer weint um Juckenack. 20., 23. und 26. Hamlet. 21. Segel am Horizont. 22. Sakuntala. 24. Dietrich. 27. Schluck und Jau. — **Opernhaus:** 19. Aida. 20. Tristan und Isolde. 21. Zauberflöte. 22. Carmen. 23. Maskenball. 24. Zwillinge. 25. Entführung aus dem Serail. 26. Walküre. 27. Madame Butterfly. — **Schauspielhaus:** 19. Wallensteins Tod. 20. John Gabriel Borkmann. 21. Prinz Friedrich von Homburg. 22. John Gabriel Borkmann. 23. Die Journalisten. 24. Peer Gynt. 25. Wallensteins Tod. 26. Prinz Friedrich von Homburg. 27. John Gabriel Borkmann. — **Kroll-Oper:** 19. Traviata. 20. Cavalleria. Bajazzo. 21. Tiefland. 22. Boheme. 23. Zar und Zimmermann. 24. Waffenschmied. 25. und 26. Margarethe. 27. Fliegende Holländer. — **Schiller-Theater:** 19., 21., 23., 25. und 27. Charleys Tante. 22. Napoleon. 24. Tasso. 26. Konzert. — **Deutsches Theater:** 20., 22., 23., 25., 26. und 27. Die heilige Johanna. 21. und 24. Oskar Wilde. — **Kammerspiele:** 20., 23. und 27. Sechs Personen suchen einen Autor. 21. und 22. Michael Kramer. 24., 25. und 26. Die Wollust der Anständigkeit. — **Die Komödie:** Der sprechende Affe. — **Lessing-Theater:** Cesar Borgia. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Franziska. — **Deutsches Opernhaus:** 19. Boccaccio. 20. Figaros Hochzeit. 21. Götterdämmerung. 22. Wenn ich König wär' . . .! 23. Carmen. 24. Der Freischütz. 25. Eugen Onegin. 26. Der Zigeunerbaron. 27. Zar und Zimmermann. — **Großes Schauspielhaus:** An alle . . .! — **Theater des Westens:** 19. Fidelio. 20. La Traviata. 21. und 27. Mignon. 22. Rigoletto. 23. Der Troubadour. 24. Die Fledermaus. 25. Samson und Dalila. 26. Carmen. — **Renaissance-Theater:** Das romantische Alter. — **Die Tribüne:** Ueberfahrt. — **Deutsches Künstlertheater:** Die Bar auf Montmartre. — **Komödienhaus:** 19. Harem. 20. Geschlossen. Ab 21. Das silberne Kaninchen. — **Berliner Theater:** Anneliese von Dessau. — **Neues Theater am Zoo:** Bahn. — **Trianon-Theater:** Fischimann. — **Residenz-Theater:** Die Nacht der Barmherzigkeit. — **Zentral-Theater:** Die versunkene Glocke. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Uschi. — **Komische Oper:** Das hat die Welt noch nicht geseh'n! — **Lustspielhaus:** Der wahre Jakob. — **Metropol-Theater:** Tausend süße Beinchen. — **Operettenhaus:** Der blonde Traum. — **Thalia-Theater:** Der blonde Engel. — **Theater am Nollendorfplatz:** Film: Zum Gipfel der Welt. — **Theater am Kurfürstendamm:** Thi-Thi. — **Kleines Theater:** Die Großfürstin und der Zimmerkellner. — **Wallner-Theater:** Romeo und Julia. — **Goethe-Bühne:** Mariechen von Nymwegen. — **Walhalla-Theater:** Gräfin Mariza. — **Rose-Theater:** Drei Paar Schuhe. — **Kasino-Theater:** Der Oberschieber. — **Intimes Theater:** Gastspiel des Herrnfeld-Theaters: Nur eine Nacht. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** Der Soldat der Marie. — **Apollo-Theater:** Die Nächte von Paris.

Nachmittagsvorstellungen. Volksbühne: 19. Hamlet. 26. Schneider Wibbel. — **Kroll-Oper:** 19. (3½ Uhr) Alt-Berliner Possenabend. 26. (4½ Uhr) Alt-Berliner Possenabend. — **Schiller-Theater:** 19. (3½ Uhr) Von morgens bis Mitternacht. 26. (2½ Uhr) Faust. — **Deutsches Opernhaus:** 19. Volkskraftbund: Der Freischütz. 26. Bezirksamt Charlottenburg: Figaros Hochzeit. — **Theater in der Kommandantenstraße:** 19. Mein Leopold. 26. Uschi. — **Rose-Theater:** 19. und 26. Der eingebildete Kranke.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Eßlorn; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Pankow.

Ordentliche Ausschußsitzung

am Montag, den 27. April 1924, abends ½8 Uhr, im Kassenlokal, Berlin-Pankow, Breite Straße 13.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Abnahme der Jahresrechnung pro 1924 und Bericht des Prüfungsausschusses. 3. Satzungsänderungen. 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Anfragen, die eine vorherige Prüfung benötigen, sind 3 Tage vor der Sitzung dem Vorstande einzureichen.

Die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten werden um pünktliches Erscheinen gebeten.

Berlin-Pankow, den 18. April 1925.

Der Vorstand.

110/19] C. Gütig, Vorsitzender.

Auf Teilzahlung!

Herren- u. Burschen-Garderobe!

Kleine Anzahlung! * Bequeme Abzahlung!

CAMNITZER

Schönhauser Allee 82, I
am Hochbahnhof Nordring

Unsere Geschäftsräume befinden sich jetzt

Berlin W. 9.

Krupp Registrier Kassen

GESELLSCHAFT M.B.H. (STAMMHAUS FRIED. KRUPP A.G. ESSEN)

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe

Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88

— Fernsprecher: Norden 1188 —

Filiale Westen, Wilmersdorf

Landhausstr. 4 — Tel. Pfalzburg 9831

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller · · elektrischer Bedarfsartikel · · Ausführung sämtl. Reparaturen · Preiswerte, gediegene Arbeit ·

Korbmöbel

Eigene Herstellung in gediegenen Ausführungen kauf. Sie bei gr. Auswahl vorteilhaft u. billig im Spezial-Korbmöbelhaus

Edmund Voß

Neukölln, Berliner Str. 14
Nähe Hermannplatz

Teleph. Neukölln 2264. Zahlungserleichterung

Binsen preiswert. Kleinzmacher Inh. Hermannstraße 53.

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegen. Ausführungen kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei

Wilhelm Schulze

Monbijouplatz 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt

Zahlungserleichterung

Telephon: Alexander 4112

Hallo!!!

Brauchen Sie einen

Damenmantel?

Wir verkaufen Damenmäntel in guter Ausführung schon für 5[00], 7[00], 10[00], 12[00] usw

Konkurrenzlos billig, da wir selbst fabrizieren.

Damenmäntelfabrik

Berlin W 8

Charlottenstr. 66 II, Ecke Leipziger Str.

Ella Dehmel Inhaber: J. Berndt **Neukölln**

Niemetzstraße 9 (Nähe Richardplatz)

Neuheiten in Kleiderstoffen!

Karierte Kleiderst. Mtr. 3.80, 40, **1.80**	**Krepp-Marokain** Mtr. 4.50, 3.20, **2.00**
Gestreifte Kleiderst. Mtr. 4.00, 3.00, **1.50**	**Foulardine** Mtr. 3.60, **3.00**
Popeline 105 cm br Mtr. 5.20, **3.95**	**Wollmousseline** Mtr. 4.50, 4.00, **3.00**
Gabardine 130 cm br Mtr. 8.00, **6.00**	**Baumw.-Mousseline** Mtr. 1.10, 95, **85 Pf.**

Teilzahlung gestattet!

Auf Teilzahlung!

MÖBEL

Kleine Anzahlung ◆ Bequeme Abzahlung

CAMNITZER

Schönhauser Allee 82, I
am Hochbahnhof Nordring